

1. die aktuelle Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt

Rheinland-Pfalz bis 2050 CO₂-neutral zu machen. Dies entspricht nicht

den wissenschaftlichen Empfehlungen zur Einhaltung des völkerrechtlich

bindenden Pariser Klimaabkommens. Daher fordern wir die

CO₂-Neutralität bis spätestens 2035. Wie stehen Sie dazu?

Wir GRÜNE haben deutlich ambitioniertere Ziele und geben dementsprechend ein schnelleres Tempo vor. Entschieden setzen wir uns ein für mehr Klimaschutz und streben eine sozial gerechte und klimaneutrale Gesellschaft bis 2035 an. Zentrale Grundlage für dieses Ziel ist das Klimaabkommen von Paris und der Bericht des Weltklimarates zum 1,5-Grad-Limit. Wir werden ein Treibhausgasbudget für Rheinland-Pfalz als zentrales Steuerungselement aller politischen Bereiche und der zugrundeliegenden Entscheidungen entwickeln und fortlaufend überprüfen. Die Energiewende und nachhaltiges Wirtschaften sind Voraussetzung für konsequenten Klimaschutz und damit den Erhalt unserer Lebensgrundlagen sowie Grundlage für den Wohlstand in unserem Land: Wir wollen daher 100% des Stroms erneuerbar erzeugen. Wir sind uns bewusst, dass unser Bundesland nur mit erheblichen Anstrengungen auf den 1,5 Grad-Pfad kommen wird. Außerdem schaffen wir dieses Ziel nur, wenn wir von der Bundesebene Rückenwind bekommen für die Mobilitäts- und Wärmewende, den Ausbau der Erneuerbaren Energien, die Landwirtschaft und die Gebäudesanierung.

Nichtsdestotrotz werden wir die Treibhausgasreduktion in Rheinland-Pfalz konsequent weiter vorantreiben und dafür in den Klimaschutz investieren. Das Landesklimaschutzgesetz wollen wir weiterentwickeln, um gemäß den Vorgaben des Pariser Klimaabkommens ein klimaneutrales Rheinland-Pfalz zu erreichen. Wir möchten, dass unsere Kommunen vor Ort beim Klimaschutz unterstützen. Wir wollen den Klimaschutz und den Nachhaltigkeitsgrundsatz als Staatsziel in der Verfassung verankern. Kommunen müssen sich heute immer wieder für Investitionen rechtfertigen. Wir werden Klimaschutz daher als Pflichtaufgabe der kommunalen Selbstverwaltung verankern, damit die Kommunen in unsere Zukunft investieren können. Bei Entscheidungen der Landesregierung und des Landtags soll eine Klimafolgenabschätzung erstellt werden. Dabei soll der bestehende Klimabeirat zu einem Klimarat weiterentwickelt werden, in dem Akteur*innen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft stärker in Entscheidungen eingebunden werden.

2. Wie bewerten sie die bisherigen Leistungen der Landesregierung

im Bereich Klimaschutz? (Die Regierungsparteien werden sich selbst auf

die Schulter klopfen, die Opposition wird kritisieren. Würde

vielleicht interessant welche Argumente vorgebracht werden.)

In zehn Jahren intensivem Kampf für Klimaschutz haben wir in Rheinland-Pfalz viel erreicht, auch im Vergleich zu anderen Ländern. Das GRÜN geführte Umweltministerium hat hieran einen sehr großen Verdienst. Als erstes Flächenland haben wir als GRÜN mitregierte Landesregierung ein Klimaschutzgesetz eingeführt. Jede zweite hier erzeugte Kilowattstunde Strom stammt bereits aus Erneuerbaren. Unser Ziel, den CO₂ Ausstoß bis 2020 um 40% zu reduzieren, haben wir nahezu erreicht.

Dennoch bleibt viel zu tun, damit wir unsere Ziele 100 Prozent erneuerbaren Strom bis 2030 und Klimaneutralität bis 2035 realisieren können. Gerade in der Verkehrspolitik brauchen wir deutlich schnellere und zielsichere Veränderungen, um die Mobilitätswende umzusetzen. Wir brauchen einen deutlich stärkeren Ausbau der Erneuerbaren, eine Revolution in der Mobilität, in der Art unseres Wirtschaftens, unserer Produktion und unserer Energiegewinnung, um die angestrebten Klimaziele zu erreichen. Daher setzen wir uns so engagiert für die genannten Maßnahmen ein, um unsere Umwelt, unseren Planeten und damit unsere Lebensgrundlage zu erhalten.

3. Würden sie der Aussage zustimmen das der Klimawandel eine ernsthafte Bedrohung unserer Zivilisation ist und durch schnellstmögliche Maßnahmen, weltweit und somit natürlich auch im Land, aufgehalten werden muss auch wenn dies nicht kostenlos zu machen ist?

Ja und zwar vollumfänglich. Wir stecken mitten in der Klimakrise, die unsere Lebensgrundlagen akut bedroht. Wetterextreme und sterbende Wälder zeigen uns schon heute, dass wir beim Kampf gegen die Erhitzung der Erde dringend schneller werden müssen. Wir GRÜNE wollen bei allen Entscheidungen den Klimaschutz voranstellen und in einen konsequenten Klimaschutz investieren. Wir dürfen uns nicht auf Kosten der kommenden Generation kaputtsparen. Investitionen in den Klimaschutz sind wichtig. Deshalb setzen wir GRÜNE uns für die Weiterentwicklung der Schuldenbremse ein, um Investitionen insbesondere in den Klimaschutz zu ermöglichen. Das sind wir uns und allen künftigen Generationen schuldig.

4. Werden Sie sich tatkräftig dafür einsetzen, dass der nächste Landtag eine Pflicht für die Installation von Photovoltaik Modulen auf Neubauten sowie auf Altbauten bei Renovierungen einführt? In mindestens gleichwertig strenger Weise wie Hamburg dies beschlossen

hat. [Ja, Nein]

Ja, denn zu unserer Solaroffensive gehört auch, dass wir eine Pflicht für Photovoltaik-Anlagen für alle Neubauten und bei Dachsanierungen einführen wollen. Ebenso soll wie in Hamburg bei umfangreichen Modernisierungen von Gebäuden der Einsatz von Solarenergie vorgeschrieben werden, wenn keine dringenden Gründe dagegensprechen. Wir wollen zudem den Einzelhandel, die Kommunen und Unternehmen darin unterstützen, dass sie ihre Parkplätze mit Solarcarports als Schattenspender, Stromlieferant und Ladestelle für Elektroautos überdachen.

Es gibt aber auch Einzelfälle, bei denen keine PVA nicht angebracht ist. Ich selbst schließe aktuell eine Dachsanierung ab. Da wir im 'Tal der Schatten' in Isenburg ein Eigenheim mit Hanglage haben, erreicht uns die Sonne so wenig, dass wir uns gegen die Anlage entschieden haben. Wenn sie bei uns vorbeifahren, werden Sie verstehen, warum. Ab Mitte März haben wir wieder Sonne, und dann nur minimal. Die Sonne liegt ein halbes Jahr hinter dem Hang. hier hätte sich die PVA einfach nicht gerechnet...

5. Werden Sie den dezentralen, bürgernahen Ausbau der erneuerbaren Energien schnellstmöglich fördern um die Energieerzeugung aus fossilen Energieträgern unnötig zu machen?

Ja. Wir GRÜNE setzen uns weiter dafür ein, das Erneuerbare-Energien-Gesetz freundlicher für die Erzeuger*innen von Erneuerbaren Energien zu gestalten. Solaranlagen unter 1 Megawatt installierter Leistung müssen ohne Ausschreibung errichtet werden dürfen. Damit erhalten Bürgergesellschaften, Genossenschaften und Kommunen Planungssicherheit. Das Bundes-Mieterstromgesetz muss nachgebessert werden, um die Installation von Solaranlagen auf Mietshäusern unbürokratischer zu ermöglichen. Wie im europäischen Recht vorgeschrieben, müssen Abgaben und Umlagen auf selbst genutzten erneuerbar-erzeugten Strom gestrichen werden. Auch brauchen wir einen deutlichen Abbau von Bürokratie bei der Nutzung von Photovoltaik-Anlagen im privaten wie gewerblichen Bereich. Wir werden uns beim Bund dafür einsetzen, dass EEG-Anlagen, die nach 20 Jahren aus der Förderung fallen, auch in Zukunft ohne übermäßigen finanziellen und bürokratischen Aufwand auskömmlich weiterbetrieben werden können. Die jüngst beschlossene Regelung bleibt weit hinter den Möglichkeiten zurück. Ebenso machen wir uns dafür stark, dass das Energiewirtschaftsgesetz grundlegend überarbeitet wird. Dezentrale Speicherung und Netzausregelung sollen rechtlich ermöglicht und Bürgergenossenschaften und kleine Akteur*innen mehr gestärkt werden. Außerdem wollen wir Kommunen und Bürgerenergiegenossenschaften in auch bei den Gewinnen eines Windrads angemessen berücksichtigen. Denn die Teilhabe an der Energieversorgung erhöht die Akzeptanz und die lokale Wertschöpfung.

6. Welchen prozentualen Anteil am deutschen Strommix sollten die erneuerbaren Energien im Jahre 2030 Ihrer Meinung nach haben? Angabe bitte in Prozent.

Unser Ziel ist, dass wir unsere Stromversorgung bis 2030 nicht nur in Rheinland-Pfalz, sondern bundesweit zu 100 Prozent aus Erneuerbaren erreichen - gerne auch früher!

7. Werden Sie sich tatkräftig dafür einsetzen, dass der nächste Landtag eine Pflicht für Nahwärme-Netze, welche perspektivisch vollständig mit Energie aus erneuerbaren Energien betrieben werden, in Neubaugebieten einführt? Sowie das diese sukzessiv im Bestand nachgerüstet werden zur kollektiven Dekarbonisierung des Wärmesektors? Hinweis: Stichwörter um dies in unseren ländlichen Gebieten ökonomisch zu ermöglichen sind: Kalte Nahwärme, Agrothermie, Saisonale Wärmespeicher, Nahwärmenetze 4.0 und auf [Wärmewende.de](http://Waermewende.de) finden sie viele gute Beispiele.

Mit der Wärmeinitiative Rheinland-Pfalz haben wir bereits verschiedene Themenbereiche des Wärmekonzepts Rheinland-Pfalz aufgegriffen und vorgebracht: Die Energetische Quartiersentwicklung, Nahwärmenetze und Wärmespeicher, Bioenergie, Energetische Gebäudesanierung, Regenerative Heiz- und Kühltechnik, Nutzerverhalten/Energieberatung, Nachhaltige Baumaterialien, Verknüpfung von Strom- und Wärmespeicherung und Regelung (Sektorenkopplung) usw. Die Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes sieht hier die Umsetzung weiterer konkreter Maßnahmen vor, diese werden wir mit aller Entschlossenheit voranbringen.

Eine durch das Land finanzierte kommunale Wärme- und Kälteplanung soll die Potenziale der erneuerbaren Wärmequellen und der Abwärme, beispielsweise aus Industrieprozessen, zukünftig aufzeigen. Zudem braucht es Impulse, um die Wärmebereitstellung auch in bestehenden Gebäuden effizienter und auf Basis

Erneuerbarer Energien zu gestalten. Damit wollen wir den Wohnbereich

klimaneutral machen, der Industrie eine Absatzmöglichkeit für ihre Abwärme

schaffen und beispielsweise in Form von Kältesenken für Rechenzentren klimaneutral bereitstellen. Wo es auf Landesebene möglich ist, wollen wir ambitionierte Maßnahmen im Gebäudebereich umsetzen. Es kann nicht sein, dass es ein bundeseinheitliches Gebäudeenergiegesetz gibt und die Länder nicht ambitionierter sein dürfen. Es gilt daher, zunächst durch eine bundesgesetzliche Länderöffnungsklausel ein wirksames Erneuerbare-Wärme-Gesetz in Rheinland-Pfalz zu ermöglichen. Bei der Förderung setzen wir vor allem auf kommunale Nahwärmenetze. Die Kampagnen und Beratungen zum Austausch alter Ölheizungen werden wir fortführen und wollen diese auch zukünftig zusätzlich fördern.

8. Rheinland-Pfalz ist mit dem Saarland das Bundesland mit den

meisten Verbrennungsmotor betriebenen PKW je Einwohner, werden Sie

sich ernsthaft und tatkräftig dafür einsetzen, dass den Einwohnern

zeitnah äquivalente Alternativen geboten werden? Bitte erläutern Sie

Ihre Vorschläge hierzu.

Ja. Wir GRÜNE treiben die Mobilitätswende weiter voran. Unsere Mobilität muss klimaneutral werden und die Menschen vor Luftschadstoffen schützen. Deshalb wollen wir im Verkehr umsteuern. Dabei haben wir GRÜNEN die unterschiedlichen Herausforderungen des ländlichen Raums und der städtischen Mobilität fest im Blick. Wir führen die Mobilitätsgarantie für Rheinland-Pfalz ein und steigern das Angebot im Nahverkehr und auf der Schiene tags wie nachts erheblich. On-Demand-Konzepte mit Shuttleverkehren bieten ungeahnte Möglichkeiten für die bedarfsgerechte Anbindung des ländlichen Raums an die Städte, auch in Randzeiten. Wir werden sie nutzen, um alle Orte in Rheinland-Pfalz zuverlässig anzubinden. Wir werden einen Zugang und ein Ticket für alle Angebote des Nahverkehrs im ganzen Land schaffen. Mit einem Rheinland-Pfalz-Tarif wollen wir ein einfaches, digitales Ticketsystem für alle öffentlichen Verkehrsmittel – ob Bahn, Bus, Leihrad oder Mietauto –, das per Handy oder Mobilitätskarte genutzt werden kann. Diesbezüglich setzen wir uns auch für das 365-Euro-Ticket zunächst für alle Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Menschen im Bundesfreiwilligendienst bzw. FSJ ein.

Zudem werden wir das Tempo beim Um-, Aus- und Neubau von Radwegen mindestens verdoppeln und die Geldmittel deutlich erhöhen. Wir setzen uns für den Aufbau eines überregional verknüpften Radwegenetzes in der Planungs-, Bau- und Unterhaltungsverantwortung des Landes ein, in das Pendlerradrouten integriert und mit den kommunalen Planungen abgestimmt werden. Ziel ist, alle Städte und deren Umland mit Pendlerradrouten anzubinden.

Wichtig ist uns, dass wir zukünftig Mobilität deutlich vernetzter denken. Bessere Mobilitätsangebote sind auch ohne den Bau neuer Verkehrswege möglich. Unser Ziel ist, dass im ganzen Land Mobilitätspunkte entstehen, an denen Radverkehr, E-Car-Sharing und Nahverkehr mit Park+Ride gebündelt werden und Menschen so leichter auf klimafreundliche Verkehrsmittel umsteigen können.

Wir wollen in den Kommunen Angebote für E-Car-Sharing unterstützen und fördern und so eine klimafreundliche Mobilität jenseits des eigenen Autos aufbauen. Langfristig soll es regional jeweils ein Mindestangebot an E-Car-Sharing geben.

Darüber hinaus werden wir alternative Antriebsformen wie die E-Mobilität ausbauen. Unser Ziel ist es, dass der Strom für die E-Mobilität dabei zu hundert Prozent aus Erneuerbaren Energien stammt. Auch bei Busflotten setzen wir auf alternative Antriebstechnologien. Den Umstieg auf alternative Antriebe wollen wir erleichtern, indem wir mit einem Sicherheitsladenetz auf einen zügigen Ausbau der Ladeinfrastruktur setzen, der den steigenden Bedarf an Ladestationen deckt. Zudem sollen alle P&R-Plätze und Liegenschaften des Landes sowie Schulen im Land mit ihnen ausgestattet werden. Für Städte und Kommunen wollen wir auch weiterhin eine Förderung anbieten, um mehr Ladepunkte an Straßenlaternen in Wohngebieten anzubringen sowie kleine und mittlere Unternehmen dabei unterstützen, ihren Angestellten Lademöglichkeiten anzubieten.

9. Was halten Sie von der Einführung eines 1,5 Grad kompatiblen CO₂-Budgets für Rheinland-Pfalz, welches jährlich herabgesetzt wird, dessen Einhaltung rechtsverbindlich einzuhalten ist und von unabhängigen Stellen wissenschaftlich überprüft wird.

Ich halte das für eine gute Idee. Siehe hierzu auch meine Antwort auf Frage 1.

10. Die "CO₂-Steuer" stellt eine wichtige Säule zur Anreizbildung für ein klimagerechteres Wirtschaften dar. Wir fordern eine Höhe der Steuer entsprechend ihrer Folgekosten (laut Umweltbundesamt 195€ pro Tonne). Außerdem fordern wir eine sozial gerechte Anwendung. Wie stehen Sie dazu?

Auch aus unserer Sicht müssen die Einnahmen aus ökologisch lenkenden Instrumenten wie der CO₂-Steuer an der volkswirtschaftlichen Schadenshöhe orientiert sein. Umgekehrt wollen wir

klimaschädliche Steuersubventionen sukzessive abschaffen. Die CO₂-Bepreisung, die seit 2021 durch den Bund eingeführt wurde, halten wir für viel zu gering, um tatsächlich wirksam zu sein. Daher muss sie deutlich nach oben korrigiert werden. Da wir als einentscheidendes Instrument planen, die Landesverwaltung bis zum Jahr 2030 klimaneutral zu gestalten, wollen wir auf Landesebene einen wichtigen Schritt gehen und einen CO₂-Schattenpreis für die Landesverwaltung zugunsten klimafreundlicher Planungen einführen.

Beim Übergang in eine ökologische Moderne wollen auch wir den sozialen Zusammenhalt stärken. Wir fordern zu der Anhebung der CO₂-Steuer, dass ein Energiegeld von jeder Bürgerin und jedem Bürger ausgezahlt wird. Da Menschen mit niedrigem Einkommen in der Regel weniger CO₂ produzieren, profitieren sie überdurchschnittlich davon. Dies ist einer von vielen Eckpfeilern für einen sozialen Ausgleich.

11. Täglich werden einige Hektar landwirtschaftlicher Fläche in Siedlungs- und Verkehrsfläche umgewandelt. Dabei scheint die Anzahl der Einwohner auf Dauer stabil zu bleiben. Durch mehr Wohnfläche je Einwohner und Flächenversiegelungen wird die Fähigkeit der Natur zur Selbstregulation gehemmt. Zudem ist unser aktuelles Modell der intensiv-Landwirtschaft mit extremen Folgeschäden verbunden, was haben sie hier für Vorschläge?

Mit Blick auf die steigende Klimaerhitzung und das schleichende Artensterben wird es immer dringlicher, den weiteren Flächenverbrauch zu begrenzen und mittelfristig zu stoppen. Die Flächenversiegelung hat gravierende Folgen nicht nur für die Artenvielfalt, sondern auch für wichtige Bodenfunktionen wie Wasseraufnahme und Speicherfähigkeit.

Ein nachhaltiger Humusaufbau fördert die Fruchtbarkeit und die Wasseraufnahme des Bodens. Deshalb werden wir innovative Modellprojekte und Formen der Landwirtschaft wie regenerative Landwirtschaft (ReLaWi), Agroforst und Permakultur unterstützen und Maßnahmen fördern.

Bis zum Jahr 2030 sollen mindestens 30 Prozent der Fläche ökologisch bewirtschaftet werden. Damit dieses Ziel erreicht werden kann, werden wir unseren landesweiten Öko-Aktionsplan zur Stärkung einer nachhaltigen und regionalen Wertschöpfung konsequent umsetzen und ausbauen. Unser Ziel ist: öffentliche Gelder für öffentliche Leistungen. Die Europäische Agrarpolitik muss mehr genutzt werden, um Biodiversität, Gewässerschutz und klimaschonende Landwirtschaft zu unterstützen. Wir brauchen dringend eine Weiterentwicklung der „guten landwirtschaftlichen Praxis“ in der

Landwirtschaft. Unsere Programme im Land werden wir sie konsequent auf Klima- und Artenschutz ausrichten.

Wir wollen das erfolgreiche Programm Rheinland-Pfalz is(s)t besser, mit dem wir Kitas und Schulen bei der Umsetzung eines nachhaltigen Mittagessens unterstützen, auf alle Kantinen ausweiten. Unser kurzfristiges Ziel ist ein Mittagessen, bei dem mindestens 30 Prozent der Produkte aus ökologischer und 50 Prozent aus regionaler Herkunft stammen.

12. Wie stehen Sie zu der Forderung, dass Dauergrünland nicht mehr in Acker-, Siedlungs- oder Verkehrsflächen umgewandelt werden soll?

Täglich werden in Deutschland 56 Hektar als Siedlungsfläche und Verkehrsfläche neu ausgewiesen (entspricht 79 Fußballfeldern). Natur wird aber benötigt, um Platz für zukünftige Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel zu haben (z.B. Hochwasserschutz). Bei einer fortgesetzten Zersiedelung besteht zudem die Gefahr bereits bestehende Infrastrukturen, z.B. das Straßennetz, zu überlasten. Wir fordern daher den sofortigen Stop des Flächenverbrauchs. Wie stehen Sie dazu?

Wir GRÜNE haben bereits in der letzten Änderung des Landesnaturschutzgesetzes Rheinland-Pfalz ein Grünland-Umbruchverbot mitbeschlossen und erfassen aktuell im Rahmen einer landesweiten Grünlandkartierung alle noch undokumentierten, ökologisch wertvollen Grünlandflächen. Diese gilt es im Sinne des integrierten Naturschutzes zu erhalten und zu pflegen. Viele verschiedene Nutzungsformen wie beispielsweise Landwirtschaft oder Straßenbau konkurrieren miteinander um die knappe Ressource Fläche. Um unabwendbare Inanspruchnahmen von Flächen zu lenken und zu begrenzen, müssen Bodenqualitäten erfasst und die besten Böden geschützt werden. Unser langfristiges Ziel ist eine neutrale Flächenbilanz – das heißt, eine Fläche darf nur neu versiegelt werden, wenn eine andere entsiegelt wird. Wir werden uns auch weiterhin für eine transparente und flächenschonende Bauleitplanung auf allen Ebenen einsetzen. Bundesweite Regelungen, die Planungen ohne Umweltprüfung und Bürgerbeteiligung ermöglichen, lehnen wir vehement ab. Platzsparendes Bauen durch Aufstockung und Nachverdichtung ist unser Ziel. Öffentliche Ausschreibungen müssen zukünftig Ökobilanz, Lebenszykluskosten und Recyclingfähigkeit verpflichtend beachten. Regionaltypische Baumaterialien wollen wir verstärkt nutzen. Das Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen (BNB) wollen wir verpflichtend anwenden. Entsiegelungskataster bei Kommunen werden wir unterstützen.

